



Änderungsantrag

der Abgeordneten **Jörg Baumann, Richard Graupner, Florian Köhler** und
Fraktion (AfD)

**Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamten und Richter beim
Landeskriminalamt
(Kap. 03 17 Tit. 422 01)**

Der Landtag wolle beschließen:

Im Entwurf des Haushaltsplans 2026/2027 werden folgende Änderungen vorgenommen:

Im Kap. 03 17 wird der Ansatz im Tit. 422 01 (Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamten und Richter) für das Jahr 2026 von 96.199,4 Tsd. Euro um 10.000,0 Tsd. Euro auf 106.199,4 Tsd. Euro erhöht.

Im Kap. 03 17 wird der Ansatz im Tit. 422 01 (Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamten und Richter) für das Jahr 2027 von 98.144,3 Tsd. Euro um 10.000,0 Tsd. Euro auf 108.144,3 Tsd. Euro erhöht.

Von den zusätzlichen Mitteln werden neue Planstellen geschaffen. Der Stellenplan wird entsprechend angepasst.

Die Deckung erfolgt aus den in Kap. 03 13 Tit. 517 11 eingesparten Mitteln.

Begründung:

Angesichts der in den letzten Jahren massiv gestiegenen Zuwanderung, vor allem aus hoch kriminalitätsbelasteten Herkunftsländern, zeigen die offiziellen Kriminalstatistiken des Bundeskriminalamtes (BKA) und der Länder eine deutliche Zunahme schwerer Delikte, insbesondere bei Vergewaltigung und sexueller Nötigung, Raub, Diebstahl sowie vorsätzlicher Körperverletzung, mit stark überproportionalen Anteilen nichtdeutscher Tatverdächtiger. Diese Entwicklung überlastet die Ermittlungsbehörden massiv und trifft die Landeskriminalämter besonders hart, die bereits heute unter chronischem Personalmangel und einer Flut neuer Verfahren leiden. Eine deutliche und nachhaltige Aufstockung der Stellen beim Landeskriminalamt (LKA) ist daher dringend erforderlich, um die Bearbeitung von Schwerst- und Sexualkriminalität zu beschleunigen, spezialisierte Einheiten gegen Clan-, Schleuser- und Terrorstrukturen zu stärken sowie die innere Sicherheit und das Vertrauen der Bevölkerung in den Rechtsstaat wiederherzustellen. Ohne diesen Schritt droht eine weitere Aushöhlung des staatlichen Gewaltmonopols.